Ungarn

Machtlos gegen Orbán

● Die Europäische Union ist spät dran: Acht Jahre ist Viktor Orbán in Budapest an der Macht, und erst jetzt könnte ein Rechtsstaatsverfahren gegen das Land in Gang kommen. Es wäre das zweite seiner Art: Polen könnte wegen Verstößen gegen EU-Grundsätze sein Stimmrecht in den Brüsseler Gremien verlieren. In Warschau schleift die nationalkonservative Parlamentsmehrheit verfassungsrechtliche Kontrollmechanismen ab. Trotzdem tritt das Verfahren gegen Polen auf der Stelle – und im Fall von Ungarn könnte es noch komplizierter werden. Das System Orbán hat die Gesellschaft tiefer durchdrungen, vor allem hat er Unternehmer um sich geschart, durch die er die Medien kontrolliert. In Polen kann die EU anmahnen, Paragrafen etwa der Gerichtsreform zu entschärfen. In Ungarn wird es schwer, Orbáns Netzwerke zu zerschlagen, diese verschachtelten Firmenkonstrukte und persönlichen Bekanntschaften, die die Demokratie zu erdrosseln drohen. Vorher aber müsste es überhaupt erst einmal zu einem Verfahren kommen. Im September wird das EU-Parlament abstimmen, dabei ist die Fraktion der Europäischen Volksparteien entscheidend. Nur: Orbáns Fidesz ist Mitglied in diesem Klub. JPU

Syrien

Assad attackiert den Süden

● Seit einer Woche bombardieren auch russische Jets die letzte Enklave der Rebellen in Syriens Südprovinz Daraa. Die Luftangriffe trafen mehrere Krankenhäuser und trieben bislang etwa 50 000 Menschen in die Flucht. Daraa, wo im Frühjahr 2011 der Aufstand gegen das Regime seinen Anfang nahm, war lange Zeit ruhig geblieben. Auch dank einer Waffenruhe, ausgehandelt 2017 zwischen Washington und Moskau. Die hat Russland nun aufgekündigt.

Dabei waren bereits Tausende Flüchtlinge aus Jordanien nach Daraa zurückgekehrt. Weil der jordanische Sicherheitsapparat die Grenze zu Syrien hermetisch kontrolliert, waren fast keine ausländischen Dschihadisten dorthin vorgedrungen, anders als im Norden. In Daraa kämpfen noch immer vor allem nicht fundamentalistische Rebellen der Freien Syrischen Armee gegen das Regime von Baschar al-Assad; zeitweise unterstützt von Jordanien, den USA und Israel.

Nun geschieht genau das, was europäische Politiker verhindern wollten: Syriens Diktator kann seinen Herrschaftsbereich ausdehnen. Mit der Eroberung der an Israel grenzenden Region steigt zudem die Gefahr, dass der schwelende Konflikt zwischen Jerusalem und Teheran eskaliert, denn Irans Milizen stellen einen Großteil von Assads Bodentruppen.

Bei einem Vorrücken der Regimekräfte müssten viele der knapp 500 000 Bewohner aus Daraa fliehen. Da Jordanien angekündigt hat, niemanden mehr ins Land zu lassen, werden die meisten wohl in Wüstenlagern an der Grenze landen, miserabel versorgt von den überforderten Uno-Hilfswerken. Schon jetzt leben schätzungsweise mehr als eine Million geflohene Syrer im Land. CRE

Chappatte

MOSA'AB ELSHAMY / AP

Protest gegen Hafturteile

Marokko

Die Milch macht's

● Diesmal gehen die Marokkaner nicht auf die Straße, um gegen Armut, Korruption und Vernachlässigung zu demonstrieren. Nein, diesmal lehnen sich Hunderttausende Marokkaner schweigend gegen ihre korrupten Eliten auf, indem sie seit April drei große Konzerne, darunter eine Danone-Tochter, wegen Preiserhöhungen boykottieren. An dem Lebensmittelbetrieb war das Königshaus bis vor wenigen Jahren beteiligt, die anderen Firmen sind in der Hand von Amtsträgern. Wer den Boykott initiiert hat, ist unbekannt; aber der Aufruf hat sich rasant über die sozialen Medien verbreitet – und führte zu großen Einbußen der Konzerne. Danones Marktanteil an Milch hat sich etwa halbiert. Die Firmen nehmen den Volkszorn daher ernst. Auf Facebook wandte sich der Danone-Chef am Dienstag direkt an die wütenden Bürger, danach besuchte er das Land und versprach, den Milchpreis zu senken. Ein erster Erfolg des Boykotts. Zugleich, wie um ein Signal an die Widerständler zu senden, wurden am Dienstag rund 50 Teilnehmer der Proteste von 2016/17 verurteilt; ihr Anführer und drei weitere Demonstranten bekamen sogar 20 Jahre Haft. Auf den Boykott jedoch hat die Regierung noch keine Antwort gefunden. Der Wirtschaftsminister warnte, ausländische Investoren könnten abgeschreckt werden. RAS